



AUSSERORDENTLICHES TREFFEN DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER G20 ZU AFGHANISTAN

12. Oktober 2021

ZUSAMMENFASSUNG DES VORSITZES

Gemeinsame Ziele und Grundsätze

- Alle Afghaninnen und Afghanen haben das Recht auf ein Leben in Frieden, Würde und Sicherheit. Die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Afghanistans sollten geachtet werden.
- Humanitäre Unterstützung ist für die meisten Menschen in Afghanistan dringend erforderlich und in vielen Fällen lebensnotwendig, insbesondere für Gruppen in gefährdeter Lage wie Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen; dies gilt umso mehr in Anbetracht des bevorstehenden Winters.
- Humanitäre Hilfe ist entscheidend, um einer humanitären Katastrophe und daraus folgenden unkontrollierten Migrationsbewegungen aus Afghanistan in Länder der Region und darüber hinaus vorzubeugen.
- Der Zusammenbruch des Wirtschafts- und Finanzsystems in Afghanistan hätte schwerwiegende Folgen für das Leben der Afghaninnen und Afghanen und für die Stabilität des Landes, der Region und darüber hinaus.
- Die VN spielen bei der Krisenbewältigung in Afghanistan eine wesentliche Rolle. Es muss gewährleistet werden, dass sie weiterhin im Lande tätig sein können. Vollständiger, sicherer, bedingungsloser und ungehinderter Zugang muss für VN-Personal und alle humanitären Helfer, ungeachtet ihres Geschlechts, sichergestellt werden.
- Humanitäre Hilfe sollte im Einklang mit den international vereinbarten humanitären Prinzipien geleistet werden – auf der Grundlage unabhängiger Bedarfsermittlungen und in Umsetzung der Zusagen vom 13. September. Rasche und flexible Leistungen sind jetzt entscheidend.
- Die Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere die Rechte von Frauen, Kindern, Minderheiten und Schutzbedürftigen in Afghanistan, müssen im Einklang mit den in der VN-Charta und anderen einschlägigen internationalen Übereinkünften niedergelegten Grundsätzen geachtet werden.



- Afghanischen Kindern – Mädchen wie Jungen – den Zugang zu Schulbildung offenzuhalten, ist ein wesentlicher Bestandteil für eine widerstandsfähige, integrative und friedliche Gesellschaft.
- Sicherheit, einschließlich Terrorismusbekämpfung, und Entwicklung sind miteinander verknüpft. Afghanistan darf Terroristen keine Zuflucht bieten, und von Afghanistan darf keine Gefahr für die internationale Sicherheit ausgehen.
- Der illegale Handel – auch der mit Menschen, Drogen und Waffen – stellt eine schwere Straftat dar, untergräbt die Stabilität und ermöglicht die Finanzierung von Terrorgruppen. Er muss von den afghanischen Behörden und der internationalen Gemeinschaft bekämpft und unterbunden werden.
- Es ist wichtig, dass Afghanistan offen bleibt. Seine Grenzen und Zugänge müssen funktionsfähig sein. Sowohl für internationale humanitäre Helfer als auch für Afghaninnen und Afghanen muss die Bewegungsfreiheit gewährleistet sein.
- Voll funktionsfähige Flughäfen sind wichtige Drehscheiben für den humanitären Zugang, den Handel, Evakuierungen und die nachhaltige Versorgung des Landes.
- Die Taliban werden an ihren Handlungen gemessen werden. Sie müssen den uneingeschränkten Zugang aller Bedürftigen zu humanitärer Hilfe garantieren, unabhängig davon, wo diese in Afghanistan leben.

Handlungsfelder

- Die G20 wird sich innerhalb der internationalen Gemeinschaft dafür einsetzen, die VN-Aktivitäten umfassend zu unterstützen und auf VN-Aufrufe zur humanitären Hilfeleistung zu reagieren.
- Der anstehende Winter erfordert die größtmögliche Ausweitung und Beschleunigung der humanitären Hilfe auf der Grundlage aktualisierter Einschätzungen der VN.
- Die G20 setzt sich entschieden dafür ein, dass die UNAMA in Afghanistan ihr Mandat ausüben kann, einschließlich ihrer Rolle als Koordinatorin internationaler Hilfe.
- Die G20 ruft die afghanischen Behörden dazu auf, die Sicherheit, den Schutz und die Bewegungsfreiheit aller VN-Mitarbeiter und des beigeordneten Personals sowie aller Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen und humanitären Helfer im ganzen Land zu gewährleisten.



- Die G20-Staaten fordern die Taliban nachdrücklich auf, ihre Kontakte zu Terrorgruppen abubrechen und der Anwesenheit dieser Gruppen auf afghanischem Boden ein Ende zu setzen.
- Die G20 wird sich für die internationale Unterstützung der UNODC-Strategie zur Ausmerzung der Drogenproduktion in Afghanistan starkmachen und Hilfe bei der Terrorismusbekämpfung leisten, um Sicherheit und Stabilität in der Region zu fördern.
- Die G20 wird afghanische Frauen und Mädchen weiterhin sowohl im Hinblick auf ihre unmittelbaren Bedürfnisse als auch dahingehend unterstützen, dass sie ihren Beitrag zu einem dauerhaften Frieden und einer integrativen Entwicklung zum Wohle aller Menschen in Afghanistan leisten können.
- Spezifische Maßnahmen und Finanzierungsziele im Rahmen humanitärer Hilfe sollten auf Programme zugunsten von Frauen und Mädchen in Afghanistan konzentriert sein.
- Die G20 ruft die Taliban nachdrücklich auf, ihre Zusage zur Gewährung sicherer Ausreise von Afghaninnen und Afghanen, die das Land zu verlassen wünschen, in vollem Umfang einzuhalten.
- Es müssen Lösungen zur Sicherstellung grundlegender Dienstleistungen – insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit – gefunden werden, die über die bloße Nothilfe hinausgehen, vorausgesetzt, diese Dienstleistungen stehen allen zur Verfügung. Ferner sollten die Funktionsfähigkeit des Zahlungssystems und die gesamte finanzielle Stabilität angegangen werden. Die G20-Staaten werden mit internationalen Organisationen, internationalen Finanzinstitutionen, darunter multilaterale Entwicklungsbanken, und humanitären Akteuren in diesem Bereich zusammenarbeiten.
- Die G20-Staaten ersuchen die Weltbank, Möglichkeiten auszuloten, wie Hilfsgelder an internationale Hilfsorganisationen, die im Land präsent sind, für humanitäre Bemühungen weitergeleitet werden können.
- Die G20-Staaten fordern eine zügige Impfkampagne in Afghanistan, damit bereits gespendeter Impfstoff im Rahmen von COVAX vollständig verabreicht wird, und sie sind bereit, weiteren Impfstoff zur Verfügung zu stellen.
- In Abstimmung mit VN-Sonderorganisationen und örtlichen Behörden in der Region sollte Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen in diesen Staaten substanzielle Hilfe geleistet werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Frauen und Kindern liegen sollte; ferner sollte die Resilienz der aufnehmenden Gemeinden gestärkt werden.



- Um die Belastung der Staaten in der Region zu verringern, könnten in Zusammenarbeit mit dem UNHCR Optionen für sichere und legale Ausreisemöglichkeiten aus diesen Ländern für afghanische Flüchtlinge ausgelotet werden.
- Die G20 erinnert daran, wie wichtig es ist, alles zu vermeiden, was Afghanistans kulturelles Erbe gefährden könnte, insbesondere dessen Zerstörung und den illegalen Handel mit Kulturgütern, und ruft zu dessen Erhaltung auf.
- Die G20 unterstützt voll und ganz – auch finanziell – die laufenden und zukünftigen technischen Bemühungen, den internationalen Flughafen Kabul uneingeschränkt betriebsfähig zu erhalten.
- Ferner wird Unterstützung zur Wiedereröffnung anderer afghanischer Flughäfen für gewerbliche Flüge sichergestellt.
- Die G20-Staaten werden Initiativen zur Verbesserung der Kapazitäten des Grenzmanagements in der Region unterstützen, um illegalen Handel und irreguläre Grenzübertritte zu unterbinden.
- Die Einbindung der Nachbarstaaten ist für eine stabilere Sicherheits- und Wirtschaftslage in der Region von entscheidender Bedeutung. Konsultationen mit Afghanistans Nachbarstaaten und anderen Ländern der Region könnten erwogen werden, um die Koordination von Aktivitäten und Initiativen weiter zu verbessern.